

1713

# Stenographisches Protokoll.

## 163. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich.

### Freitag, den 26. Juni 1931.

#### Inhalt.

Personalien: Abwesenheitsanzeigen (1713) — Angelobung Wimmer, Moser und Kreilmeir (1713).

Bundesrat: Ansprache des zum Vorsitzenden im Bundesrat berufenen, an erster Stelle vom Land Oberösterreich in den Bundesrat entsendeten Mitgliedes Dr. Salzmann (1713).

Büschritzt des Präsidenten des burgenländischen Landtages, betr. die Erstwahl eines Bundesratsmitgliedes (1713).

Wahlen: Emmerling und Dr. Hugelmann zu Stellvertretern des Vorsitzenden, Dengler und Klein zu Schriftführern, Gauthaler und Binder zu Ordner (1715).

Bundesregierung: Büschritzt des Bundeskanzlers Dr. Ender, betr. die Erhebung des Bundesministers Dr. Hans Schürr vom Amt und die Belebung des Vizekanzlers Dr. Johann Schöber mit der Fortführung der Geschäfte des Bundesministeriums für Justiz (1714).

Büschritzt des Bundeskanzlers Dr. Ender, betr. die Erhebung des Bundesministers Ing. Franz Winkler vom Amt und Übertragung seiner Agenden an Vizekanzler Dr. Johann Schöber (1714).

Büschritzt des Bundeskanzlers Dr. Burek, betr. die Ernennung der Bundesregierung und die Erhebung der früheren Bundesregierung vom Amt (1714) — Bundeskanzler Dr. Burek (1714).

Büschritzen der Bundesregierung: Mitteilung des Bundeskanzleramtes über folgend vom Nationalrat gefaßte Gesetzesbeschluß (Beschluß): 1. Volksbegehren auf Grund der Bundesverfassung; 2. Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Österreich und Ungarn; 3. Wänderung des § 9 des Gesetzes, betr. das Dienstinkommen der öffentlichen Volks- und Bürgerchullehrer- schaft in Steiermark; 4. Erhöhung der Geldbußen und Geldstrafen in Angelegenheiten des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens in Salzburg; 5. Erhöhung des Holzes auf Kaffee und Tee (1715).

Verhandlungen: Mündliche Berichte, betr.: 1. Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen Österreich und Ungarn — Berichterstatter Dr. Hugelmann (1716) — Kein Einspruch (1716);

2. Änderung des § 9 des Gesetzes, betr. das Dienstinkommen der öffentlichen Volks- und Bürgerchullehrer- schaft in Steiermark — Berichterstatterin Dr. Pichl (1716) — Kein Einspruch (1716);

3. Erhöhung der Geldbußen und Geldstrafen in Angelegenheiten des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens in Salzburg — Berichterstatter Moser (1716) — Kein Einspruch (1717);

4. Erhöhung des Holzes für Kaffee und Tee — Berichterstatter Sturm (1717 u. 1721), Tanzmeister (1717), Bangel (1719) — Kein Einspruch (1721).

Ausschüsse: Nachwahlen in die Ausschüsse (1716).

Vorsitzender Dr. Salzmann eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. nachm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 29. Mai als genehmigt.

Entschuldigt sind Rötter, Dr. Rehrl, Preußler, Binder, Dr. Stumpf und Dr. Schneider.

Vorsitzender: Hoher Bundesrat! Für das vom 1. Juni ab laufende Halbjahr ist das Bundesland Oberösterreich nach den Bestimmungen der Bundesverfassung zum Vorsitz im Bundesrat berufen.

Als der von diesem Bundeslande an erster Stelle in den Bundesrat entsendete Vertreter habe ich die Präsidialgeschäfte übernommen, und ich habe heute die Ehre, Sie von diesem Platze aus zu begrüßen und Ihnen zu versichern, daß ich es mir stets angelegen sein lassen werde, unparteiisch und sachlich meines Amtes zu walten und darauf zu achten, daß die Würde des Hauses und die ihm nach der Verfassung zustehenden Rechte jederzeit gewahrt werden. Ich bitte Sie hiezu um Ihre kollegiale Unterstützung.

Wenn ich in diesem Zusammenhange der ausgezeichneten Amtsführung meines Vorgängers, des Herrn Staatssekretärs a. D. Stöckler, gedenke, so folge ich hiebei nicht bloß einer hergebrachten Übung, sondern einer tief gefühlten Verpflichtung und tue es aus dem Gefühl besonderer Dankbarkeit.

Ich bin der Zustimmung des hohen Hauses gewiß, wenn ich hiemit in unser aller Namen Herrn Bundesrat Stöckler für seine Mühewaltung den herzlichsten Dank anspreche. (Lebhafte Beifall.)

Es ist folgende Büschritzt eingelangt:

Der burgenländische Landtag hat in seiner 10. Sitzung am 9. Juni 1931 an Stelle des in den Nationalrat einberufenen bisherigen Bundesrates Herrn Franz Binder den Herrn Elias Wimmer, Bürgermeister in Oggau, zum Bundesrat gewählt.

Eisenstadt, 15. Juni 1931.

Der Präsident des burgenländischen Landtages:  
Thullner e. h.

Die neu- beziehungsweise wiedereingetretenen Bundesräte Elias Wimmer, Josef Moser und Johann Kreilmeir leisten die Angelobung.

## 1714 163. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 26. Juni 1931.

Es sind folgende Zuschriften eingelangt:

„An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates!

Der Herr Bundespräsident hat mit dem Schreiben vom 30. Mai 1931 den Herrn Bundesminister für Justiz Dr. Hans Schürff auf seinen Wunsch seines Amtes enthoben und gleichzeitig den Herrn Vizekanzler Dr. Johann Schöber mit der vorläufigen Fortführung der Geschäfte des Bundesministeriums für Justiz betraut.

30. Mai 1931.

Dr. Ender.“

„An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates!

Der Herr Bundespräsident hat mit dem Schreiben vom 16. Juni 1931 den Herrn Bundesminister Ing. Franz Winkler auf seinen Wunsch seines Amtes enthoben und gleichzeitig gemäß Artikel 77, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 die sachliche Leitung der inneren Angelegenheiten dem Vizekanzler Dr. Johann Schöber in dem Umhange übertragen, in dem sie mit Entschließung vom 5. Dezember 1930 dem Bundesminister Ing. Franz Winkler übertragen wurde.

16. Juni 1931.

Dr. Ender.“

„An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates!

Der Herr Bundespräsident hat mit dem an mich gerichteten Schreiben vom 16. Juni 1931 die Bundesregierung auf Grund der überreichten Demission gemäß Artikel 74, Absatz 3, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 vom Amte enthoben.

Gleichzeitig hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 71 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mich und die übrigen Mitglieder der Bundesregierung mit der Fortführung der bisher innegehabten Ämter und mich mit dem Vorsitz in der einstweiligen Bundesregierung betraut.

Hievon beeche ich mich die Mitteilung zu machen.

17. Juni 1931.

Dr. Ender.“

Dient zur Kenntnis.

Es ist weiters folgende Zuschrift eingelangt:

„An den Herrn Vorsitzenden des Bundesrates!

Ich beeche mich, die Mitteilung zu machen, daß der Herr Bundespräsident am 20. Juni d. J. gemäß Artikel 70, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mich zum Vizekanzler ernannt hat.

Weiters hat der Herr Bundespräsident gemäß Artikel 70 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den Abgeordneten zum National-

rat Polizeipräsidenten Dr. Johann Schöber zum Vizekanzler, den Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Hans Schürff zum Bundesminister für Justiz, den Landtagsabg. Dr. Emmerich Czermak zum Bundesminister für Unterricht, den Hofrat Dr. Josef Resch, Direktor der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Wien, zum Bundesminister für soziale Verwaltung, den Minister a. D. Dr. Josef Redlich zum Bundesminister für Finanzen, den Kammeramtsdirektor der Niederösterreichischen Landes-Landwirtschaftskammer Dr. Engelbert Dollfuß zum Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, den Abgeordneten zum Nationalrat Eduard Heinl zum Bundesminister für Handel und Verkehr, den Abgeordneten zum Nationalrat Carl Baugoin zum Bundesminister für Heereswesen und ferner den Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Franz Winkler zum Bundesminister nach Artikel 78, Absatz 1, des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 ernannt.

Die Mitglieder der Bundesregierung wurden vom Herrn Bundespräsidenten angelobt und haben somit ihr Amt angetreten.

Die mit der Fortführung der Geschäfte betraute bisherige Bundesregierung wurde mit heutigem Tage vom Amte enthoben.

20. Juni 1931.

Buresch.“

**Vorsitzender:** Die neue Bundesregierung ist im Hause erschienen, und ich habe die Ehre, sie dem hohen Hause vorzustellen.

**Bundeskanzler Dr. Buresch:** Hoher Bundesrat! Im Namen meiner Kollegen und im eigenen Namen bitte ich Sie, sehr geehrte Frauen und Herren, heute, da die Bundesregierung zum ersten Male nach ihrer Berufung zur Leitung der Regierungsgeschäfte dem Plenum des Bundesrates gegenübersteht, einige Worte der Begrüßung an Sie richten zu dürfen.

Es wird Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, daß ich in meiner im Nationalrat abgegebenen Regierungserklärung besonders hervorgehoben habe, welche großen Verdienste mein unmittelbarer Amtsvorgänger sich um die Festigung des Gesäßes unseres Bundesstaates erworben hat. Aus dieser Feststellung wollen Sie entnehmen, welch großes Gewicht ich dem Bestande eines vertrauensvollen, ja besten Verhältnisses zwischen dem Bund und den Ländern beimesse. Wie könnte es auch anders sein! Gleich Dr. Ender war es auch mir beschieden, bereits durch viele Jahre an der Spitze der Verwaltung eines Bundeslandes gestanden zu sein, um so als Hüter der mir anvertrauten Landesinteressen pflichtgemäß mein Bestes zu leisten. Es liegt im Wesen unseres bundesstaatlichen Systems, daß diese meine frühere Funktion mich auch in die Lage gebracht hat, Fragen gegensätzlicher Art zwischen Bund

## 163. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 26. Juni 1931.

1715

und Ländern unter Bedachtnahme auf meine Stellung als Landesvertreter zu behandeln. Ich habe damit nur meine Pflicht erfüllt, und ich blicke auf die vielen Jahre dieser meiner Tätigkeit mit Genugtuung zurück. Diese Zeiten waren für mich in gewisser Hinsicht politische Lehrjahre, in denen ich Gelegenheit gefunden habe, mich aber auch mit den Bedürfnissen des Bundes gründlich vertraut zu machen, so daß ich heute von mir sagen darf, daß ich die beiderseitigen Kompetenz- und Arbeitsgebiete und vor allem die wirklich vitalen Interessen in dieser Hinsicht nach Gebühr einzuschätzen in der Lage bin.

Es ist einleuchtend, daß diese meine Einstellung und die Kenntnis der Materie meine heutige Stellung als Chef der Bundesregierung wesentlich erleichtert, und ich erwarte mir davon günstige Ergebnisse für unsere wahrlich nicht leichte Arbeit.

Das Programm unserer bevorstehenden Tätigkeit habe ich im Nationalrat entwickelt. Es umfaßt ein weitreichendes Arbeitsgebiet. Die Sorge um die Erhaltung der Tragfähigkeit unserer Wirtschaft einerseits sowie des Gleichgewichtes im Staatshaushalte andererseits beherrscht die gegenwärtige Lage. Das Gegenstück zu diesen Schwierigkeiten staatsfinanzialer Natur bildet die parallel zu beobachtende Reduktion der Budgets der Länder und der Gemeinden, deren Zuflüsse unter dem allgemeinen Einschränkungsprozesse zu leiden haben, wogegen auf der anderen Seite Erfordernisse aus dem Titel der sozialen Fürsorge sich geltend machen.

Wie für das Staatsbudget wird daher Sparsamkeit auch bei den Haushalten der Gebietskörperschaften das oberste Gebot sein müssen. Einen besonderen Abschnitt habe ich in meiner Regierungserklärung der Reform der Verwaltung gewidmet, weil nur dadurch Hand in Hand mit sonstiger Ersparnisstrenge die Entlastung der Steuerträger herbeigeführt werden kann. Auch in dieser Hinsicht will die Bundesregierung im Einvernehmen mit den Ländern nicht zögern, zweckentsprechende Vorschläge zu erstatten, die keineswegs als Eingriff in die Autonomien beurteilt werden dürfen. Ich erwarte mir dabei von der Einsicht der Ländervertretungen die zielbewußte Förderung der gut gemeinten Regierungsabsichten.

Bekennen wir eines nicht. Unsere gemeinsame Arbeit ist heute um so schwieriger, als sehr rasch gehandelt werden muß. Wir haben bereits viel kostbare Zeit verloren. Unsere wirtschaftliche und finanzielle Beengung — verschärft durch die bekannten Ereignisse der letzten Wochen — hindert unsere Bewegungsfreiheit. Noch haben wir die Entwicklung der Dinge in unserer Hand, sofern wir mit ruhigen Nerven zielbewußt den als richtig erkannten Weg gehen, der freilich bei allen Berufständen Opfer kosten wird. Gänzlich verfehlt wäre es aber, sich von den Ereignissen überraschen zu lassen, da wir ihrer dann kaum mehr Herr sein könnten.

Vor dieser Alternative stehen wir heute, und wir sind uns dessen bewußt, daß Sie, meine sehr geehrten Frauen und Herren, in richtiger Erkenntnis des hohen Ernstes der Lage in Ihrem Wirkungskreise die guten Absichten der Bundesregierung im Interesse des Bundes und der Länder wahrhaft unterstützen werden. Darum bitte ich Sie namens der Bundesregierung. (Lebhafter Beifall.)

Das Bundeskanzleramt teilt folgende vom Nationalrat gefasste Gesetzesbeschlüsse (Beschluß) mit: 1. Volksbegehren auf Grund der Bundesverfassung; 2. Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn; 3. Abänderung des § 9 des Gesetzes, betr. das Dienstehinkommen der öffentlichen Volks- und Bürgerschul Lehrerschaft in Steiermark; 4. Erhöhung der Geldbußen und Geldstrafen in Angelegenheiten des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens in Salzburg; 5. Erhöhung des Zolles für Kaffee und Tee.

**Vorsitzender:** Diese Vorlagen habe ich gemäß § 29 der Geschäftsordnung den zuständigen Ausschüssen überwiesen, die darüber Vorberatung gepflogen haben. Anlangend den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 16. Juni 1931 über Volksbegehren auf Grund der Bundesverfassung, wird der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung einen schriftlichen Bericht vorlegen.

Hinsichtlich der übrigen Vorlagen beantrage ich, diese bei Umgangnahme von schriftlichen Ausschußberichten auf Grund mündlicher Berichterstattung sofort in Verhandlung zu nehmen.

Dieser Antrag wird, nachdem der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit des Bundesrates festgestellt hatte, mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist:

Wahl von zwei Stellvertretern des Vorsitzenden, zwei Schriftführern und zwei Ordinern.

Auf Grund der vereinbarten Wahlvorschläge werden gewählt: Stellvertreter des Vorsitzenden: Emmerling, Dr. Hugelmann; Schriftführer: Dengler, Klein; Ordner: Hauthaler, Linder.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: Ausschußwählen.

Ausschußmandate haben zurückgelegt: Preußler als Mitglied im Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Riegler als Erstzmann im Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten und als Erstzmann im Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Schläger als Erstzmann im Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Döttling als Mitglied und Bängel als Erstzmann im Ständigen gemeinsamen Ausschuß im Sinne des § 7 des Finanzverfassungsgesetzes.

Durch diese Mandatsniederlegungen und durch das Ausscheiden der Mitglieder des Bundesrates Berger, Binder, Schwarz und Starhemberg sind zur Erledigung gelangt: 1 Mitgliedsmandat und 3 Ersatzmandatstellen im Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten; 2 Mitgliedsmandate und 1 Ersatzmandatstelle im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten; 2 Ersatzmandatstellen im Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten; 1 Mitgliedsmandat und 2 Ersatzmandatstellen im Unvereinbarkeitsausschuss und 3 Mitgliedsmandate und 2 Ersatzmandatstellen im Ständigen gemeinsamen Ausschuss im Sinne des § 7 des Finanz-Verfassungsgesetzes.

Auf Grund der vereinbarten Wahlvorschläge werden gewählt:

In den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten: als Mitglied Kollinger; als Ersatzmänner Wimmer, Döttling, Sattlegger.

In den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten: als Mitglieder Kreilmeir, Weigelbäumer; als Ersatzmann Fleischhacker.

In den Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten: als Ersatzmänner Strobl, Weigelbäumer.

In den Unvereinbarkeitsausschuss: als Mitglied Kreilmeir; als Ersatzmänner Döttling, Wimmer.

In den Ständigen gemeinsamen Ausschuss im Sinne des § 7 des Finanz-Verfassungsgesetzes: als Mitglieder Fleischhacker, Rieger, Bängl; als Ersatzmänner Moser, Sattlegger.

Der nächste Verhandlungsgegenstand ist der Beschluß des Nationalrates vom 16. Juni 1931, mit welchem dem Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Ungarn die Genehmigung erteilt wird.

Berichterstatter Dr. Hugelmann: Hoher Bundesrat! Der vorliegende Vertrag reicht sich in das ganze jetzt schon sehr ausgestaltete System von Schiedsgerichtsverträgen ein, welche Österreich mit einer ganzen Reihe von Staaten geschlossen hat, und zwar gehört er zu der weitergehenden Gruppe dieser Schiedsgerichtsverträge, welche das Schiedsverfahren nicht nur für Rechtskonflikte, sondern auch für Interessenkonflikte vorsehen. Ohne, wie ich es schon wiederholt erwähnte, die Bedeutung der Schiedsgerichte zu überschätzen, aber auch ohne sie zu unterschätzen, glaube ich wohl, daß wir uns über diesen Vertrag insofern freuen können, als er mit einem Staaate geschlossen ist, zu dem wir aus mehr als einem Grunde und unter mehr als einem Gesichtspunkte in näheren Beziehungen stehen und aufrichtige Freundschaft wünschen.

Ich stelle im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten den Antrag, gegen den Beschluß des Nationalrates, der diesen Vertrag genehmigt, keine Einwendungen zu erheben.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand ist der Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 16. Juni 1931, wirksam für das Land Steiermark, mit welchem der § 9, Punkt 3, des Gesetzes vom 17. Mai 1923, L. G. Bl. Nr. 96, betr. das Diensteinkommen der öffentlichen Volks- und Bürgerschullehrerschaft, in der Fassung des Gesetzes vom 15. Juni 1926, L. G. Bl. Nr. 43, und des Gesetzes vom 22. November 1928, L. G. Bl. Nr. 66, abgeändert wird.

Berichterstatter Frau Dr. Pichl: Hohes Haus! Es handelt sich bei dem in Verhandlung stehenden Gesetzentwurf um die Novellierung des § 9, Punkt 3, des Gesetzes, betr. das Diensteinkommen der öffentlichen Volks- und Bürgerschullehrerschaft. Es wurde seinerzeit für jene Lehrer und Lehrerinnen, die an einer einklassigen Volksschule oder Expositur die Leitung innehaben, eine Zulage im Ausmaße von 378 S jährlich festgesetzt, die aber in die Pensionsbemessungsgrundlage nicht mit einzurechnen war. Das wurde als unbillige Härte empfunden und deshalb der Antrag gestellt, dem auch in einem Landesgesetze von Steiermark vom 12. März 1930 Rechnung getragen wurde, daß auch dieser Betrag in die Pensionsbemessungsgrundlage einzurechnen ist, wenn sich die Lehrperson im Zeitpunkte der Versetzung in den Ruhestand im Genusse dieses Bezuges befindet.

Der Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und stellt durch mich den Antrag, keinen Einspruch zu erheben.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand ist der Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 16. Juni 1931, wirksam für das Land Salzburg, über die Erhöhung der Geldbußen und Geldstrafen in Angelegenheiten des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens.

Berichterstatter Moser: Hohes Haus! Der in Verhandlung stehende Gesetzesentwurf des Nationalrates, wirksam für das Land Salzburg, über die Erhöhung der Geldbußen und Geldstrafen in Angelegenheit des Schulwesens ist eine notwendige Folgerung der durch die Geldentwertung eingetreteten Verhältnisse. In den Salzburger Schulgesetzen sind die Geldbußen und Geldstrafen auch heute noch teils in Gulden, teils in Kronen angegeben. Selbst für den Fall der Unterlassung der Anmeldung eines schulpflichtigen Kindes, ja selbst im Falle der Erstattung unwahrer Angaben kann auf Grund der bis jetzt im Lande Salzburg bestehenden Schulgesetze höchstens mit einer Strafe bis zu 500 K vorgegangen werden. Der Salzburger Landtag hat daher entsprechend dem Bundesverwaltungsstrafenhöhungsgesetz vom Jahre 1928 die entsprechende Umrechnung vorgenommen, und es ist nach unserer Verfassung notwendig, daß der Nationalrat ein mit diesem Landesgesetz übereinstimmendes Bundesgesetz beschließe. Es hat deshalb auch der

## 163. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 26. Juni 1931.

1717

Nationalrat dem Entwurf dieses für das Land Salzburg geltenden Bundesgesetzes seine Zustimmung erteilt, und ich stelle namens des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, gegen diesen Gesetzesbeschluß des Nationalrates keine Einwendung zu erheben.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand ist der Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 23. Juni 1931, betr. die Erhöhung des Zolles für Kaffee und Tee.

**Berichterstatter Sturm:** Bei der Umschau nach neuen Einnahmen, für die zu sorgen der Bund infolge seiner finanziellen Notlage gezwungen ist, ist man auch an die Erhöhung der Zölle für Kaffee und Tee geschritten. Wenn auch jede Zollerhöhung etwas Unangenehmes ist, so kann man hier doch darauf hinweisen, daß diese Maßnahme unvermeidlich ist, weil der Bund dringend Geld braucht. Man muß weiters hervorheben, daß die bisherigen Zollsätze für Kaffee und Tee in Österreich erheblich unter dem Durchschnitt der Zollsätze der andern europäischen Staaten lagen. Es mag auch nicht schaden, noch besonders anzuführen, daß sich die Erhöhung kaum auswirken wird, mindestens nicht müßte, da in den letzten drei Jahren die Preise für Kaffee und Tee ganz bedeutend gesunken sind, wenigstens für den Privathaushalt, wenn sich auch diese Senkung — aus andern Gründen — bei den Kaffeehäusern nicht ausgewirkt hat. Für den Privathaushalt wird also diese Erhöhung kaum merklich in Frage kommen. Aus diesen Gründen stelle ich den Antrag, gegen den vorliegenden Gesetzesbeschluß keinen Einspruch zu erheben.

**Tanzmeister:** Verehrte Frauen und Männer! Es ist uns hier ein Gesetzesbeschluß auf Erhöhung der Zölle für Kaffee und Tee vorgelegt worden. Wenn auch der Herr Vorredner der Ansicht ist, daß sich die Erhöhung dieser Zölle nicht wesentlich auswirken dürfte, sind wir Vertreter des Heimat schutzes, Vertreter jener Leute, die der bodenständigen Bevölkerung angehören und die mit jedem Groschen sparen müssen, der Meinung, daß man in dieser Zeit, wo man der Rothschild-Bank Millionen von Schillingen in den Nachen wirft, wo man den Mut hat, für ein Gesetz zu stimmen, das unser deutsches, bodenständiges Volk auf Jahrzehnte hinaus verschlafat, nicht noch den Mut aufbringen soll, den Zoll auf ein so wichtiges Lebensmittel — ich betone ausdrücklich Lebensmittel —, wie es der Kaffee ist, zu erhöhen. Der Kaffee bedeutet heute für viele hunderttausende armer Leute nicht nur eine einmalige, sondern eine wiederholte tägliche Mahlzeit. Wir halten es daher für angebracht, daß die Regierung den Hebel zu den Sparmaßnahmen an andern Stellen ansetzt, wenn man einmal die großen Sparprogramme, von denen man schon so lange spricht, in die Wirklichkeit umzusetzen im Begriffe ist. Wir müssen aber leider bemerken, daß immer bei den unteren Schichten gespart wird.

Das sehen wir auch bei dieser Gesetzesvorlage. Das Volk draußen, die Arbeiter, die Arbeitslosen, die Bauern im letzten Gebirgsdorf, werden Sie nicht verstehen, wenn Sie jetzt wieder eine neue Steuer einführen. Ich habe mir schon neulich an dieser Stelle zu sagen erlaubt, daß der Regierung höchste Weisheit die Steuerweisheit ist, das heißt die Einführung immer neuer Steuern. Und was wird damit erreicht? Neue Schwächung der Kaufkraft, neue Arbeitslosigkeit. Stellen Sie sich nur einmal die Kaffeeverarbeitenden und die Kaffeeverbrauchenden Industrien vor. Wie viele Kaffeehäuser dienen heute den Leuten, auch vom Mittelstand, um im Winter einen warmen Platz zu haben! Die Erhöhung des Kaffeezolles wird sich selbstverständlich in einer Verteuerung der Schale Kaffee auswirken, und es wird nicht nur den Arbeitern und nicht nur den Bauern, sondern auch dem Mittelstand und den Angestellten schwer fallen, den Kaffee wieder teurer bezahlen zu müssen.

Über die Wirkungen der Erhöhung von Genussmittelzöllen in Deutschland erlaube ich mir folgendes Beispiel anzuführen: Von Jänner bis März 1930 betrug der Kaffeeimport Deutschlands 54,856.200 Kilogramm. Der Zoll betrug 1:30 Reichsmark, daher zusammen 71,313.000 Reichsmark. Nach der Zollerhöhung auf 1:60 Reichsmark betrug der Kaffeeimport von Jänner bis März 1931 — also in derselben Zeitspanne — nur mehr 44,820.000 Kilogramm. Das ergibt eine Zolleinnahme von 71,712.000 Reichsmark. Die Zollerhöhung brachte also einen durchschnittlichen Rückgang des Konsums um 20 vom Hundert, die Zolleinnahme für den Fiskus blieb gleich. Für die Volkswirtschaft ergab sich aber eine große Anzahl von Nachteilen durch die Verringerung des Umsatzes, die Erhöhung der Arbeitslosigkeit in den Kaffeeverarbeitenden Industrien, die Verringerung der direkten und indirekten Steuerzahlungen usw. Die Erhöhung dieses Genussmittelzolles erwies sich also als ein Schlag ins Wasser.

Und wenn wir auf die Erhöhung der Bierumlage hinweisen, werden die Herren ja schon gehört haben, daß auch hier das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung eingetreten ist, da mit der Einführung der Auflage der Bierkonsum ebenfalls zurückgegangen ist, erneute Arbeitslosigkeit und erneute Schwächung der Kaufkraft sich ergeben hat.

Deswegen können wir nicht begreifen, warum wir nicht einmal hergehen und dort zu sparen anfangen, wo es noch etwas zu sparen gibt. Ich erwähne hier den ungeheuren Verwaltungsapparat. Verringern wir lieber einmal den Nationalrat, geben wir selbst dem Volk ein gutes Beispiel, und verringern wir die Auslagen des Bundesrats. Der berechtigte frühere Bundeskanzler Dr. Ender hat ja seinerzeit darauf hingewiesen, daß man ehestens den Bundesrat in eine Stelle mit sachlicherem Wirkungskreis umwandeln werde. (Heiterkeit.) Jawohl, meine Herren, er soll nicht nur eine

1718

163. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 26. Juni 1931.

Abstimmungsmaschine sein, für die die Massen des Volkes kein Verständnis mehr haben. Es wird Ihnen ja, Herr Bundesrat Zangl, der Herr Innenminister Winkler erzählt haben, welchen ungeheuer freundlichen Empfang er in Ligist bei seiner verunglückten Reise in die Weststeiermark gehabt hat. Das war ein deutlicher Beweis, daß das Volk kein Verständnis mehr hat für die Praktiken, die in diesem Hause produziert werden. Wenn wir dort gesehen haben, daß eine Versammlung des Innenministers behördlich geschlossen werden mußte, so ist das wohl ein ungeheuer bedauerliches Zeichen für die Zustände und für die Auffassung, die das Volk heute hat, im Gegensatz zu Ihrer eigenen. Das Volk wird ebenso wie bei der Frage des Kaffeezolles auch bei allen andern Zöllen kein Verständnis für die Belastungen haben, die Sie den breiten Massen der Bevölkerung noch auferlegen werden.

Aber wir wissen genau, daß Sie das wenig röhrt, wenn Ihnen der einzige Vertreter des Heimatschutzes diese Ihre alten und neuen Sünden vorpredigt. Aber ich will ja damit nur erreichen, daß das Volk sieht, daß es noch selbstbewußte Vertreter gibt, die den Mut aufbringen, zu sagen (Zangl: Übermut!), wo in unserem Staat gespart werden muß, wo der Hebel angesetzt werden muß. Und da getraut sich dieser Vertreter der Regierung noch zu den Bauern hinauszugehen, wie es der Herr Innenminister getan hat, und es zu bedauern, daß das Volk in ein so schweres Foch eingespant worden ist. Als wenn nicht dieser selbe Herr Innenminister zweimal bei der Abstimmung über das Credit-Anstaltsgesetz seine Hand aufgehoben hätte! Und jetzt, meine Herren Parteivertreter, weil Sie sehen, daß Sie mit Ihrer Demokratie verkracht sind, daß Sie im Volke draußen keinen Anklang finden, jetzt gehen Sie hinaus und glauben, Sie können mit solchen Reden, wie sie der Herr Innenminister in Ligist gehalten hat, noch einen Bauern hinter dem Ofen hervorlocken. Sie glauben, daß Sie damit noch einen Arbeitslosen von der Richtigkeit unseres Systems überzeugen können, da Ihnen der Bankrott des ganzen demokratischen Systems noch nicht klargeworden ist. Man hat sich doch bei den verschiedenen Regierungsbildungen in der letzten Zeit bemüht, man hat sogar gesagt, man könne nur mit so einer leisen Diktatur im Staate Ordnung machen. (Dr. Ender: Aber Sie nicht! — *Lebhafte Heiterkeit.*) Jawohl, Herr Bundeskanzler Dr. Ender! Es ist so. Wir brauchen in diesem Staate eine Diktatur. (*Gelächter.*) Aber nicht eine Diktatur des Bolschewismus, sondern eine Diktatur des nationalen, bodenständigen Volkes; wir brauchen solche Vertreter, die nicht hergehen und unser Volk dem internationalen Finanzkapital ausliefern. Statt daß man die 100 Millionen ... (Koller: Der Heimwehr gegeben hätte!) Nein, nicht dem Heimatschutz ... dem Aufbau der Industrie zur Verfügung gestellt hätte, damit man mit diesem Gelde die Wirtschaft wieder ankurbeln kann! Sie lesen heute in den Zeitungen,

dass schon große Besorgnisse darüber bestehen, ob man überhaupt die Konzernindustrien der Credit-Anstalt wird aufrechterhalten können; ob nicht neuerlich die Gefahr besteht, daß sich die Tore dieser oder jener Fabrik schließen. Das ist wohl nur ein Beweis des Bankrottes dieses ganzen Systems und dessen, was Sie uns bei der Abstimmung über dieses Gesetz haben vormachen wollen, daß es nämlich 75 Prozent der Industrie vor der Arbeitslosigkeit retten wird. Was geschieht dann, meine Herren, wenn diese Industrien jetzt trotzdem zusperren müssen? Dann werden Sie die Antwort von den Arbeitern bekommen. Dessen können Sie sicher sein, ob Sie nun der einen oder der anderen Partei angehören mögen. Aber dann wird es zu spät sein. Dann werden Sie nicht mehr imstande sein, die Welle der Arbeitslosigkeit, der Verzweiflung dieser bodenständigen Bevölkerung, der arbeitswilligen Menschen aufzuhalten. (*Schläger: Sie sind dazu berufen, Sie Vertreter der Alpinen!*) Jawohl!

Sie, die Sie sich als die Vertreter des Proletariates aufspielen, Sie sind ja nur froh, wenn es recht viele Unzufriedene gibt, Sie leben ja von den Unzufriedenen; wenn es keine Arbeitslosen mehr gibt, dann haben Sie kein Agitationsmaterial. (*Lebhafte Zwischenrufe.*) Und wenn es keinen Mieterschutz mehr gibt, dann müssen Sie zusperren, dann werden Sie dezimiert in diese Quatschhude einziehen. (*Zahlreiche Zwischenrufe.*)

**Vorstehender:** Das Wort hat Herr Tanzmeister.

**Tanzmeister:** Wenn wir also diese immer neu anschwellende Arbeitslosigkeit betrachten und sehen, wie die Bauern draußen nicht mehr imstande sind, ihre kleinsten Wirtschaften aufrechtzuerhalten und, obwohl sie von früh morgens bis spät abends arbeiten und schufteten, sich nicht mehr ihr tägliches Brot, wie es im Vaterunser heißt, zu beschaffen, dann darf es Sie nicht wundern, wenn diese Menschen in ihrer großen Verzweiflung einmal die Bewegung des Bolschewismus hier entfachen werden, die wir als das Unglück unseres Volkes betrachten. Und gerade der Kaffeezoll ist wiederum ein Mittel, die Bereelendung unserer breiten Massen neu zu vergrößern. Wir würden Ihnen viel mehr empfehlen, einmal darüber nachzudenken, wie man den Leuten Arbeit verschaffen könnte, aber darüber hat man sich in diesem Hause wenig den Kopf zerbrochen. Wir haben ja beim Bundesbahnskandal mit einer großen Zahl von Betriebsräten beim Bundeskanzler vorgesprochen, damit man das Elend der Arbeiter verringere, indem man die Einfuhr ausländischer Kohle und aller Erzeugnisse des Auslandes drosselt und unseren Arbeitern wiederum das primitive, heilige Recht auf Arbeit zurückgibt. Aber mit diesen demokratischen Mitteln, mit dem Handaufheben und Abstimmen und dadurch, daß immer neues Papier vollgeschrieben wird, so daß das Papier schon waggonweise ins Parlament gebracht werden muß, um alles das aufzunehmen, was hier produziert wird, ist nicht geholfen, da sollte man — Sie sitzen ja alle schon zehn

und zwölf Jahre in diesem Hause — doch einmal darüber nachdenken, wie man dem Arbeiter Arbeit schafft und wie man dem Bauern zur Hebung seines Existenzminimums verhilft, das überhaupt schon nicht mehr als solches zu bezeichnen ist. (Zwischenrufe.) Auch Sie, meine Herren von der christlichsozialen Partei, möchte ich fragen: Wo bleibt das „Sozial“? Heute kann sich der Bauer draußen keinen Zivilen mehr kaufen, um seine Leintwand zu flicken. Mit der Erhöhung des Kaffeezolles werden Sie den christlich denkenden Menschen draußen nichts vormachen. Schon lange geht ein Trennungstricht durch Ihre Bewegung zwischen den christlichsozialen Parteileuten und den christlich denkenden Menschen, und die Zahl der christlich denkenden Menschen wird immer größer, und die Zahl Ihrer Parteianhänger muß immer kleiner werden, weil Sie sie durch Ihr Vorgehen selbst dezimieren. Unter diesen Umständen brauchen Sie sich auch nicht zu wundern, wenn diese Menschen das Vertrauen zum Staate verlieren, denn mit Not und Arbeitslosigkeit werden Sie keine guten Staatsbürger erziehen. Das ist kein christliches Vorgehen.

Und so könnte man Ihnen allen, meine Herren von jeder Schattierung, Stundenlang Ihre Sünden hier vorhalten (Koller: Schade ums Papier! — Heiterkeit), damit Sie das wenigstens von einer Stelle hören. Denn hinauszugehen und die Meinung des Volkes zu hören, dazu fehlt Ihnen ja längst der Mut. (Lebhafter Widerspruch.) Siehe Winkler in Ligist. Genau so, wie es dem Innenminister gegangen ist, wird der Zorn des Volkes eines Tages über Sie herunterkommen, wenn Sie nicht rechtzeitig Umkehr halten und sich langsam Methoden angewöhnen, wie wir Sie Ihnen schon seit drei Jahren vorgezeichnet haben. Nichtsdestoweniger wird Ihnen ein anderer Ausweg nicht übrigbleiben. Denn mit Versprechungen allein werden Sie die Arbeitslosigkeit nicht beheben, damit, daß Sie uns heute, wo noch kein Groschen in diese Credit-Anstalt hineingekommen ist, solche Dinge sagen. Glauben Sie, darauf warten die Ausländer? Die Ausländer warten auf etwas ganz anderes. Sie warten auf ein Vertrauen, welches nur dann hervorgerufen werden kann, wenn es sich auf redliche Arbeit aufbaut. Und das wollen wir und nichts anderes. Wir wollen Ihnen auch sagen, meine sehr verehrten Herren, daß es an Ihnen liegt, mitzuarbeiten, wenn ich auch zugeben muß, daß es bei dem System, in dem Sie drinstecken, ja ganz unmöglich ist, überhaupt noch etwas zu leisten. Denn wenn Sie den Staat aufbauen wollen, wenn die neue Regierung, die heute so feierlich begrüßt worden ist, nicht wieder abtreten soll, bevor die Blätter von den Bäumen fallen, dann müssen Sie einmal dort eingreifen, wo der wirkliche Fehler liegt. Erlauben Sie mir, daß ich diesen Volksauspruch hier vorbringe: „Bei uns in Österreich stinkt der Fisch beim Kopf.“ Das, meine Herren, lassen Sie sich gesagt sein von einem Heimatschützer!

Bangel: Hoher Bundesrat! Es tut mir leid, Ihre gewiß kostbare Zeit in Anspruch nehmen zu müssen. Aber da ein Abwesender angegriffen wurde, ist es notwendig, daß sein Parteigenosse einspringt.

Es wäre sehr interessant, auf gewisse wirtschaftliche Argumente einzugehen, die der Vorredner vorgebracht hat. So glaube ich zum Beispiel, daß vom Standpunkt des deutschen Volkes eine Verminderung des Kaffee- und Teegeusses eher zu begrüßen als zu bedauern wäre. Vom rein fiskalischen Standpunkte aus muß man natürlich anders sprechen. Aber damit will ich mich nicht befassen. Ich will auch vermeiden, etwa in den Ton zu versetzen, den uns der Vorredner hier aufgetischt hat. Der Bundesrat hat sich bisher dadurch ausgezeichnet, daß er in dieser Hinsicht auf einem sehr hohen Niveau gestanden ist. Seit kurzem müssen wir es allerdings erleben, daß hier Wirtschaftsreden gehalten werden, und zwar Wirtschaftsreden der schlimmsten Sorte. (Zustimmung.) Es wird kaum jemand imstande sein, aus dem, was er vorhin gehört hat, sich überhaupt ein klares Bild zu machen.

Es ist aber unglaublich, daß es noch jemanden gibt, der, falls er selbst sich an einer ungeheuren Schweinerei, muß man sagen, an einer Gesetzesverlezung beteiligt hat, wenn er dazu noch in einer gesetzgebenden Körperschaft sitzt, den Mut hat, öffentlich noch auf die Schandtat hinzuweisen, die er selbst begangen hat. Hoher Bundesrat! Ich muß Ihnen schon sagen, was sich da zugetragen hat, denn es wird notwendig sein, in der nächsten Zeit sich mit den Dingen etwas schärfer zu befassen, und Sie, Herr Kollege Tanzmeister, wollen sich dann nicht beklagen, wenn Sie die Früchte Ihres Tuns dann einmal ernten werden; vielleicht werden es harte Nüsse sein, beklagen Sie sich dann nicht!

Der Landbund hat in den vergangenen Wochen Versammlungen abgehalten, um zur Zollunion und zu den Handelsverträgen, die jetzt vor dem Abschluß stehen, Stellung zu nehmen. Auch in Ligist hat eine solche Versammlung stattgefunden, zu der etwa 1000 Landbündler erschienen sind. (Tanzmeister: 1000? 50 bis 60?) Zu der etwa 1000 Landbündler erschienen sind! Und wenn es 50 bis 60 gewesen wären, dann ist das, was Sie getan haben, noch viel erbärmlicher. Denn was ist geschehen? Hier können Sie es selbst im „Panther“ lesen: Der Herr Landesrat Meissner, ein Gendarmeriebeamter — das möchte ich feststellen, weil es sehr wichtig ist, daß vorher zu sagen —, und der Herr Bundesrat Ing. Tanzmeister und der sehr bekannte Herr Landesstabsleiter Gallian, der aus Niederösterreich aus ganz bestimmten Gründen ausgewandert ist — diese bestimmten Gründe werden wir Ihnen noch einmal mitteilen müssen —, diese drei Herren also haben es für notwendig gefunden, gegen diese Versammlung zu agitieren, besser gesagt zu hetzen. Den Ton haben Sie ja gerade gehört und können sich darum beiläufig vorstellen, mit welchen Argumenten die Herren da

gearbeitet haben mögen. Die Bezirkshauptmannschaft hat vielleicht in Unkenntnis der Sachlage (*Tanzmeister: In Kenntnis der Sachlage!*) eine geringere Zahl von Gendarmen bereitgestellt, wiewohl ich glaube, wenn Sie antücken, muß man mehr Gendarmen zusammenziehen, denn Sie wissen ja, woher sich ein Großteil Ihrer Bataillone rekrutiert. Vor Beginn dieser Versammlung sind die Heimatschützler in Uniform ammarschiert. (*Tanzmeister: Mit dem Hut!*) Wir haben ja, wie Sie wissen, ein Aufmarschverbot. Darum kümmert sich aber natürlich wieder der Herr Bundesrat Tanzmeister noch der Herr Gendarmeriebeamte Meißner, der dort als Anführer aufgetreten ist. Diese Herrschaften marschieren trotz des Verbotes dort auf. (*Tanzmeister: Wir sind Ihnen nachmarschiert!*) Ich werde Ihnen doch jetzt nicht das Aufmarschverbot erläutern, denn ich hoffe, daß Sie noch auseinanderhalten können, was eine bewaffnete Selbstschutzformation ist und was nicht und was in Bierereihen aufmarschiieren heißt und was nicht. Das sollten Sie doch wohl wissen und wissen es auch, aber Sie tun jetzt so, als ob Sie es nicht verstünden.

Und nun überlegen Sie sich, was sich daraus hätte entwideln können, wenn diese Herrschaften — sie sind es ja gewohnt, sie haben es bereits öfters gemacht — auf dem Versammlungsplatz, auf den bestellten Platz, auf dem eine angemeldete Versammlung abgehalten wurde, hinziehen, um zu provozieren. Wenn die Bauern nicht klüger gewesen wären als Sie, hätte es ein Blutbad gegeben. Denn die 15 Gendarmen hätten ihre Pflicht erfüllen müssen, und hätten sie auch erfüllt, wenn wir nicht gesagt hätten: Schade um jeden Tropfen, der für solche Tröpfe vergossen wird. (*Zustimmung.* — *Zwischenrufe des Bundesrates Tanzmeister.*) Wir werden es Ihnen schon zeigen, Herr Tanzmeister. Mit Ihnen werden wir noch anders reden müssen. Sie zwingen uns ja direkt dazu, daß wir mit diesem politischen Rorowthum endlich einmal Schluß machen und Ihnen so begegnen, wie Sie es verdienen. Wenn wir in Österreich nicht mehr das Recht haben sollen, in aller Öffentlichkeit unsere Versammlungen abzuhalten, und uns fürchten müssen, daß da irgendwelche organisierte Banden kommen und unsere Versammlungen stören, dann zwingen Sie uns, eben zu diesem Abwehrkampf. (*Tanzmeister: Wir wollten nur hören, was der Herr Innenminister zu erzählen weiß, und das hat er sich nicht zu tun getraut!*) Darauf komme ich noch zu sprechen.

Wer im Versammlungsleben nicht so versiert ist, könnte vielleicht glauben, was für eine Heldentat da von diesen Herren vollbracht wurde. Ich sage Ihnen, jede Versammlung können Sie stören. Mit einer Handvoll Lausbuben störe ich jede Versammlung. Und wenn die Versammlung gar im Freien stattfindet und Sie mit einigen hundert Menschen daherkommen, dann möchte ich sehen, welche Versammlung man da nicht stören könnte. Das ist doch klar. Auch Ihre Versammlungen kann man stören, wenn man will. Aber es fragt sich nur, meine Herren, ob man auf dieses Niveau heruntersinken will!

Wenn Sie dem Minister Winkler Vorwürfe machen und wenn Sie hier in der Zeitung schreiben, daß Sie ihn zur Verantwortung gezogen haben, dann müssen wir Sie doch fragen: Wer gibt Ihnen das Recht, unserem Minister zur Verantwortung zu ziehen? Ziehen Sie Ihre Minister zur Verantwortung! Sie haben ja Ihre Volksvertreter, Sie sind ja auch hier herinnen! Glauben Sie, dadurch, daß Sie vielleicht das eine oder das andere Mal nicht mitstimmen, werden Sie sich von der Verantwortung losmachen? Ich möchte sehen, wenn die Sache so stünde, daß es auf Ihre Stimmen ankommen würde, ob Sie da nicht von dieser billigen Demagogie ablassen möchten, lieber Herr Tanzmeister! Aber es kommt eben nicht auf Ihre Stimmen an. (*Bundesrat Tanzmeister: Sie müssen erst warten, bis Sie Ihre Stimmen wieder einmal zählen können im Landbund!*) Ich habe früher gesprochen als Sie und werde länger sprechen als Sie! Und das sage ich Ihnen auch: Sie sind gekommen, ohne zu wissen wie, und Sie werden verschwinden und nicht wissen wie! (*Heiterkeit.*) Und das, worauf Sie sich stützen, meine Herren, das ist traurig! Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, zwingen Sie uns nicht, auszupaden. Denn was da herauskommt, ist für Sie sehr unangenehm. Sie jammern heute über die Credit-Anstalt — erinnern Sie sich an die jammerwollen Briefe und Aufträge, die Sie und Ihre Leute geschrieben haben an jene Leute, die Sie heute anklagen! (*Lebhafte Hört!-Hört!-Rufe.*) Diese Briefe werde ich Ihnen noch einmal vorlesen! Die handgeschriebenen Briefe eines Herrn Pfrimer an Herrn Eisenzopf, den lieben Kameraden (*neuerliche Hört!-Hört!-Rufe*), werde ich Ihnen hier noch einmal zeigen, weil Sie den Mund gar so voll nehmen! Natürlich, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen. (*Zwischerrufe.*) Jetzt natürlich, weil von dort nichts mehr zu hoffen ist, wo Sie so eifrig geschöpft haben, jetzt hauen Sie hin. Ich habe Ihnen schon in der letzten Sitzung gesagt, daß gerade Sie durch Ihre Handlungsweise Österreich in Misfkredit gebracht haben und daß Sie endlich und letztlich schuld sind an dem Zusammenbruch dieser Institutionen. (*Bundesrat Tanzmeister: Ah so!*) Jawohl! Ich habe es letztes Mal ausgeführt und will mich nicht wiederholen. Sie vergessen aber zu leicht.

Wenn man sich nicht davor scheut, unschuldige Menschen — Frauen und Kinder waren dort dabei! — so in die Gefahr zu bringen, daß sie vielleicht zwischen die Bajonette kommen oder Ihre Stiefelabsätze, Herr Tanzmeister, und sich dann noch getraut, hier so zu reden, dann ist man eben schon sehr weit gesunken. Ich habe vieles gehört, aber noch nie habe ich in der Zeit, seit ich im Parlament und im Bundesrat bin, gehört, daß eines der Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften sich einer solchen Tat in aller Öffent-

## 163. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich am 26. Juni 1931.

1721

lichkeit gerühmt hätte. Dazu gehört ein trauriger Mut. Ich möchte zum Schluß nur noch eines sagen: Sie haben erklärt, Sie stehen hier als Heimatschützer — na, Herr, beschütze mich vor solchen Schützern! (Beifall.)

**Berichterstatter Sturm:** Hoher Bundesrat! Ich darf mich da nicht einmengen, aber ich habe das Gefühl, es gibt hier im hohen Hause nur eine Partei, die sich freut über die heutigen Reden, das sind die geehrten Herren Kollegen von der Linken. Ich habe auch nach alter bäuerlicher Erfahrung gar nicht die Wicht, mich in den Streit zu mängen, weil meist die Schläg' der kriegt, der sich zwischen zwei Streitende mengt. (Heiterkeit.) Prophetischen Geist hat mir der liebe Herrgott schon gar keinen mitgegeben, daher möchte ich auf die ganzen Ausführungen des ersten Herrn Vorredners nicht erwidern. Ich stütze mich lieber auf Tatsachen: Die letzte Wahl in Oberösterreich hat das Gegenteil von dem bewiesen, was der erste Herr Vorredner gesagt hat.

Nur eines hat mich sehr gewundert. Wenn sich die Herren einmal unserer alten Forderung anschließen, daß wir den Nationalrat und den Bundesrat sehr verkleinern, so freue ich mich darüber sehr. Freilich, der Herr Kollege, von dem mein unmittelbarer Vorredner gesagt hat, er sei hergekommen und wisse nicht wie, und werde wieder verschwinden und wisse nicht wie, wird tatsächlich in demselben Moment verschwinden, in dem wir diese Körperschaften verkleinern. (Heiterkeit.)

Jeden Tag sind wir alle dazu bereit, aber dann gibt es keine Heimatschützer mehr in diesem Hause!

Ich nehme den Buckelsack guter Lehren, die Herr Tanzmeister wußte, gerne mit und werde sie, so wie wohl auch jeder andere von uns, beherzigen. Wir werden auf geeignete Vorschläge warten, die angekündigt worden sind; das ist eines ernsten Mannes würdig. Im übrigen sage ich noch einmal: Tatsache ist, daß in unseren Kaffeehäusern nicht die Bauern und Arbeiter sitzen, sondern ganz andere Leute, mit denen ich kein besonderes Mitleid habe, und daß sich die Zollerhöhung auf Kaffee für den Privathaushalt nicht auswirken müßte, weil der Preis für Kaffee in der letzten Zeit stark zurückgegangen ist.

Aus sachlichen Gründen muß ich daher nochmals ersuchen, gegen diesen Gesetzesbeschuß keinen Einspruch zu erheben.

Damit ist die Aussprache beendet.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Die Tagesordnung ist erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 30. Juni,  $\frac{1}{2}$  7 Uhr abends. Tagesordnung:

Gesetzesbeschuß des Nationalrates vom 16. Juni 1931 über Volksbegehren auf Grund der Bundesverfassung.

Ergänzung vorbehalten. (Niemand erhebt Protest.)

Schluß der Sitzung: 4 Uhr 15 Min. nachm.

